

FREIE BAUERN



Agrarwende in der Zeitenwende ... unsere Argumente gewinnen an Gewicht / Landesvertretung Baden-Württemberg mit Thomas Frenk an der Spitze / Anja Giesen neue Referentin für Finanzen und Mitglieder / Ramschpreise: Özdemir beim Wort nehmen / Vorschlag für Herkunftskennzeichnung / Mögliche Kombination aus Haltungs- und Herkunftskennzeichnung / Stallbau – wir wollen die Milliarden nicht / Lauterbachs Fleisch-Thesen sind Wichtigtuerei / FREIE BAUERN an Lemke: Landwirtschaft und Umwelt zusammen denken / Ehrlichkeit statt Geschacher um rote Gebiete / Düngeverordnung aussetzen, um Ernte zu sichern / Ökologische Intensivierung statt Flächenstilllegung / FREIE BAUERN an Özdemir: Landwirtschaft stabilisieren statt umbauen / Brandenburg: Neues Jagdrecht würde Eigentümer zu Bittstellern herabstufen / Brandenburg: Klimaschutz durch Regionalität ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzenhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen:

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin: Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Landesvertretung Baden-Württemberg:

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellvertretender Landessprecher: Anton Abele, 73497 Tannhausen
Weiteres Mitglied: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch
Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau

Agrarwende in der Zeitenwende ... unsere Argumente gewinnen an Gewicht

Liebe Berufskollegen,

„Die Landwirtschaft ist die erste aller Künste, ohne sie gäbe es keine Kaufleute und Könige, Dichter und Philosophen – nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.“ Diese weisen Worte stammen vom Preußenkönig Friedrich II, er hat sie 1775 in einem Brief an den Philosophen Voltaire geschrieben. Die politischen und militärischen Erfolge Preußens unter seiner Regentschaft wären undenkbar ohne die wirtschaftliche Kraft, die das ansonsten arme Preußen vor allem aus dem Aufschwung der Landwirtschaft bezog: Friedrich legte große Sumpfniederungen trocken, führte die Kartoffel ein als wertvolles Fruchtfolgeglied und Volksnahrungsmittel und verwirklichte auf den königlichen Domänen bereits diejenigen Grundsätze, die ein halbes Jahrhundert später als Bauernbefreiung allgemeines Gesetz wurden. Was gäbe ich nur darum, wenn unsere heutigen Politiker wenigstens einen Bruchteil von der Weisheit dieses Preußenkönigs hätten!



Während sich viele Politiker und Berufsvertreter im Augenblick drehen und wenden müssen angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Agrarmärkte und damit auch auf die Agrarpolitik, können wir FREIEN BAUERN bei unseren Argumenten für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft bleiben, die wir seit Jahren vorbringen und die in diesen Tagen an Gewicht gewinnen dürften. Dass Stilllegung und Extensivierung hierzulande die Brandrodung am Amazonas befeuern, hat offenbar keine so starke Wirkung auf die öffentliche Meinung gehabt wie die höchst reale Aussicht auf steigende Lebensmittelpreise infolge der weltweiten Verknappung wichtiger Agrarrohstoffe. Da erinnern sich plötzlich ganz viele an die heimische Landwirtschaft – ob wir etwas davon haben werden, ist im Augenblick noch schwer zu beantworten genauso wie die Frage, was von der angedrohten Agrarwende der neuen Bundesregierung nach der Zeitenwende übrig bleiben wird.

Mehr noch als die politischen Konsequenzen bewegen uns die vielen ganz praktischen Fragen infolge der Krise, die bis in unsere täglichen betrieblichen Abläufe hinein wirken und quälende Ungewissheiten hinterlassen. Auch wenn jeder einzelne in ganz unterschiedlichem Maße betroffen ist, haben die bisherigen Preissprünge bei Diesel, Dünger und Futter auf erschreckende Weise deutlich gemacht, dass wir nicht mehr planvoll kalkulieren können, dass zu den Unwägbarkeiten des Wetters Marktverwerfungen in ungeahnter Größenordnung auf uns zukommen. Was betriebswirtschaftlich einmal richtig war, stellt sich jetzt als Nachteil heraus, nämlich als spezialisierter Veredler zu viele Tiere zu halten ... oder als spezialisierter Ackerbauer wie ich gar keine. Wie gerne hätte ich dieses Frühjahr wirtschaftseigenen Dünger für meine Felder gehabt. Der Ukraine-Krieg wirft nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch uns als Bauern zurück auf die Grundlagen unserer Existenz.

In diesem Rundbrief, der in etwa chronologisch aufgebaut ist, könnt Ihr ein wenig nachvollziehen, wie wir uns zunächst hoffnungsfroh in die berufspolitische Arbeit gestürzt haben, langsam ungeduldig wurden und schließlich unter dem Eindruck der Ereignisse unsere Fassungslosigkeit über die Politik der Bundesregierung nur noch mühsam überspielen konnten mit einer professionell ausgestreckten Hand Richtung Bundeslandwirtschaftsminister. Auf die Weisheit des alten Fritz zu hoffen im heutigen Berlin habe ich

schon aufgegeben. Trotzdem bleibe ich optimistisch, dass sich bei den Agrarpolitikern unserer Tage die Einsicht durchsetzen wird, dass es in Zeiten wie diesen klug sein könnte, uns Bauern bei Laune zu halten.

Für unsere Betriebe wünsche ich uns eine glückliche Hand und die bestmöglichen Entscheidungen trotz unübersichtlicher Lage. Bei allen Ungewissheiten bleibt uns die Gewissheit aus dem ersten Buche Mose: „Solange die Erde steht soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“. Lasst Euch nicht beirren – einfach weitermachen!

Euer Ralf Ehrenberg (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)

Landesvertretung Baden-Württemberg mit Thomas Frenk an der Spitze

(15.03.2022) Die FREIEN BAUERN haben jetzt auch eine Landesvertretung in Baden-Württemberg: Landessprecher wurde der 44jährige Thomas Frenk, Ackerbauer und Milchviehhalter mit Direktvermarktung aus Nonnenweiler am Oberrhein (Foto), sein Stellvertreter der 41jährige Anton Abele, Schweinemäster und Biogasanlagenbetreiber aus Tannhausen am Ostrand der Schwäbischen Alb. Weitere Mitglieder der Landesvertretung sind Markus Federolf, Milchviehhalter aus Kleinhirschbach in Hohenlohe, Christine Knobloch-Hiller, Milchviehhalterin aus Stuttgart-Degerloch und Andreas Schmid, Ackerbauer und Mutterkuhhalter aus Karlsruhe-Maxau. Baden-Württemberg ist damit neben Niedersachsen und Brandenburg das dritte Bundesland, in dem die FREIEN BAUERN auf Landesebene organisiert sind. „Mit rund 120 Mitgliedern sind wir zwar noch eine relativ kleine Landesgruppe, aber es hat sich ein gutes Team zusammen gefunden, und das ist für die politische Arbeit das Entscheidende“, freut sich Frenk. Alle Aktiven haben sich früher in der Protestbewegung LSV engagiert, sagt Frenk, der selber bei den beiden großen Demonstrationen im Herbst 2019 Ansprechpartner für die regionale Presse war: „Aber nur demonstrieren reicht nicht, wir wünschen uns doch alle eine konstruktive Berufsvertretung, die geradeaus für unsere bäuerlichen Interessen eintritt und nicht herumlaviert und kuschelt mit Bauernverband, Parteipolitik und Agrobusiness.“ Noch im März wird ein Gespräch mit dem grünen Verkehrsminister Winfried Hermann geführt, der einen Mitgliedsbetrieb besucht. Im April und Mai will die neue Landesvertretung Kontakt mit Agrarpolitikern verschiedener Parteien aufnehmen und den notwendigen Vorrang einer intensiven landwirtschaftlichen Produktion gegenüber Häuser- und Straßenbau, Naturschutz und Flächenstilllegung deutlich machen, die nach Auffassung der FREIEN BAUERN gerade in Baden-Württemberg Überhand genommen haben.



Anja Giesen folgt auf Antje Bree als Referentin für Finanzen und Mitglieder

(01.01.2022) Wachwechsel bei unseren Finanzen: Antje Bree aus dem brandenburgischen Mehrow, die seit 2014 die Kasse des Bauernbundes Brandenburg geführt und 2020 die Ausdehnung als FREIE BAUERN begleitet hat, wird nach einer Erziehungspause wieder in ihrem alten Beruf arbeiten und hatte Ende des letzten Jahres deshalb signalisiert, dass sie die Nachfolge gerne geregelt hätte. Als neue Referentin der FREIEN BAUERN für Finanzen und Mitgliederservice haben wir jetzt unser Mitglied Anja Giesen aus Nütheim bei Aachen (Foto) verpflichten können, vielen bekannt durch ihr Engagement für das Überleben



der Milchviehherde ihres elterlichen Betriebes, die wegen BHV1-Infektion komplett gekeult werden sollte und dank unseres gemeinsamen Einsatzes zumindest in wesentlichen Teilen gerettet wurde. Als Steuerfachfrau ist sie bestens geeignet und wird sich in die Finanzen der FREIEN BAUERN einarbeiten. Beim Bauernbund Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN) übernimmt Yvonne Dorowski aus Leibsch im Spreewald die Aufgabe als Kassiererin, die als Lebensgefährtin unseres Vorstandsmitglieds Frank Michelchen bisher unseren Widerstand gegen die Ausbreitung der Wölfe unterstützt hat und sich ebenfalls auf die neue Aufgabe freut. Zwar sind unsere Finanzen auf den ersten Blick unkompliziert, weil wir (unabhängig !!!) nur von Mitgliedsbeiträgen leben, praktisch ist damit bei 1360 Mitgliedern und unseren ausgedehnten Aktivitäten im Haupt- und Ehrenamt inzwischen doch schon ein gewisser Aufwand verbunden. Dass alles reibungslos funktioniert und am Ende auf den Euro stimmt, wird gerne als selbstverständlich

gesehen, ist aber letztlich das Rückgrat für unsere berufspolitische Arbeit – deshalb an dieser Stelle auch nochmal ein ganz herzliches Dankeschön an Antje Bree, die sich über acht Jahre gewissenhaft gekümmert hat und es sich jetzt natürlich nicht nehmen lässt, ihre Nachfolgerinnen so einzuarbeiten, dass die Arbeit in guter Weise fortgesetzt werden kann.

Agrardialog: FREIE BAUERN lassen sich nicht überführen

(21.12.2021) Die FREIEN BAUERN, AbL, BDM, EMB und Milchboard haben die bisher im so genannten Agrardialog organisierte Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel beendet. Damit ziehen sie – nach langwierigen vergeblichen Bemühungen um eine Fortführung des Gesprächsformats – die Konsequenz aus der Entscheidung von Aldi, Edeka, Lidl und Rewe, den Agrardialog in die von Bauernverband und Raiffeisenverband dominierte Zentrale Koordinationsstelle Handel & Landwirtschaft (ZKHL) zu überführen. Die Verhandlungen waren vor rund einem Jahr begonnen worden, nachdem protestierende Bauern wochenlang die Zentralläger großer Handelshäuser blockiert hatten. Kern der seitdem in den Arbeitsgruppen des Agrardialogs in unzähligen unbezahlten Stunden von engagierten Berufskollegen mit Herzblut und Sachverstand entwickelten Konzepte waren alternative Absatzmechanismen, wodurch der landwirtschaftliche Anteil am Produktpreis deutlich gestiegen wäre, verbunden mit einem Marketing, das die Nachfrage nach Agrarprodukten deutscher Herkunft erhöht hätte. Daran besteht beim Lebensmitteleinzelhandel offensichtlich kein Interesse, weshalb jetzt aus Sicht der FREIEN BAUERN dringend politische Weichenstellungen für fairen Wettbewerb auf den Agrarmärkten notwendig sind. Hierauf werden wir in den kommenden Wochen unsere Arbeit konzentrieren.

FREIE BAUERN zur Ramschpreisen: Özdemir beim Wort nehmen

(29.12.2021) Die FREIEN BAUERN haben in der Ramschpreis-Debatte mehr inhaltliche Struktur angebracht. „Wenn der Unionspolitiker Markus Söder jetzt den grünen Agrarminister Cem Özdemir dafür kritisiert, diese Diskussion angestoßen zu haben, vergisst er offensichtlich, dass bereits Agrarministerin Julia Klöckner Tiefstpreise für Lebensmittel lautstark beklagt hat, allerdings ohne etwas zu ändern“, sagte Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN. Dass Özdemir zwei Arbeitswochen nach seinem

Amtsantritt die Preisgestaltung zum Thema mache, sei ein gutes Signal, so der 56jährige Rindermäster aus dem brandenburgischen Lennowitz: „Wir sollten ihn beim Wort nehmen und über konkrete Maßnahmen für höhere landwirtschaftliche Produkterlöse reden.“

Als erster Schritt sollte die im Koalitionsvertrag vereinbarte Herkunftskennzeichnung zügig für alle Lebensmittel vorgeschrieben werden, regt Jung an: „Erst durch diese Information wird der Verbraucher in die Lage versetzt, regional erzeugten Produkten die Wertschätzung entgegen zu bringen, die sich Özdemir wünscht.“ Genau so wichtig ist es aus Sicht der FREIEN BAUERN allerdings, die Wertschöpfung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen zu erhöhen durch eine Reform der Lieferbeziehungen und eine Entflechtung der Monopole. Jung: „Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr Marktwirtschaft, dann haben unsere bäuerlichen Betriebe auch wieder eine Chance. Es geht gar nicht zwingend um höhere Verbraucherpreise, es geht auch um das viele Geld, das sich davor schon Ernährungsindustrie und Handelsketten in die Tasche gesteckt haben.“

Die Einführung einer Herkunftskennzeichnung war eine der zentralen Forderungen der Bauernproteste, umso erstaunlicher, wer plötzlich alles dafür ist und was alles darunter verstanden wird. Natürlich geht es dabei nicht um ein weiteres Regionallabel, sondern um eine verpflichtende Verbraucherinformation, die Auskunft über Produktionsstandards und Transportentfernung gibt. Nur aufgrund einer solchen neutralen flächendeckenden Information kann der Verbraucher eine bewusste Kaufentscheidung treffen und damit Druck auf die Nachfrage von Lebensmitteleinzelhandel und Ernährungsindustrie ausüben. Dass die Konzerne lieber anonyme Billigware zusammenpanschen und damit die Rohstoffpreise drücken, ist uns nicht zuletzt bei den Verhandlungen im Agardialog deutlich geworden. Deshalb folgender Vorschlag:

FREIE BAUERN: Vorschlag für die Einführung einer Herkunftskennzeichnung

Verpflichtende Herkunftskennzeichnung nach Lebensmittelinformations-Durchführungsverordnung

- auf allen Lebensmitteln, die über den Groß- und Einzelhandel vertrieben werden
- Angabe des Herkunftsstaates, in welchem der Agrarrohstoff den primären Sektor (Landwirtschaft bzw. Tierhaltung) verlassen hat
- für die mindestens fünf vorrangig wertgebenden Bestandteile des Lebensmittels
- Darstellung in Klarschrift, Platzierung im ersten Sichtfeld, gut lesbar und in einem angemessenen prozentualen Verhältnis zur Verpackung
- als Verbraucherinformation über Produktionsstandards und Transportentfernung

Wertgebende Bestandteile des Lebensmittels sind diejenigen Bestandteile, die mengenmäßig überwiegen. Wird ein Bestandteil vom Verbraucher üblicherweise mit dem Lebensmittel in Verbindung gebracht, ohne mengenmäßig unter die ersten fünf Bestandteile zu fallen, ersetzt er den fünften Bestandteil. Bei einem Bestandteil aus mehreren Herkunftsstaaten (z. B. Milch aus Deutschland und Tschechien gemischt) sind die Herkunftsstaaten in der Reihenfolge ihres Mengenanteils anzugeben. Bei einer Produktion des Bestandteils in mehreren Herkunftsstaaten (z. B. Schweinefleisch Geburt in Dänemark, Mast in Deutschland) sind die Herkunftsstaaten in der Reihenfolge der Produktionsdauer anzugeben. Gibt es nur einen Herkunftsstaat, müssen verschiedene Bestandteile nicht gesondert angegeben werden.

Von der Bundesregierung betriebene Internetseite, in der für jeden Herkunftsstaat die sozialen und ökologischen Produktionsstandards dargestellt werden, und zwar verglichen mit den Produktionsstandards von Deutschland.

Unseren Vorschlag für die Einführung einer Herkunftskennzeichnung haben wir in Gesprächen mit den Bundestagsabgeordneten Franziska Kersten (SPD), Anne Monika Spallek (Grüne), Nicole Bauer und Gero Hocker (FDP) unterbreitet verbunden mit unseren Forderungen für die Reform der Milchlieferbeziehungen und eine Entflechtung der Monopole. Tatsächlich schien die Lebensmittelkennzeichnung zum ersten wichtigen Agrarthema der Ampel-Koalition zu werden ...



FREIE BAUERN warten auf grüne Impulse bei Lebensmittelkennzeichnung

(31.01.2022) Die FREIEN BAUERN haben vor falschen Weichenstellungen bei der Information über tierische Lebensmittel gewarnt. „Wer eine Haltungskennzeichnung schnell einführen will und gleichzeitig eine Herkunftskennzeichnung auf die lange Bank schiebt, würde die Verbraucher täuschen und der bäuerlichen Landwirtschaft schaden“, kommentierte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN, aktuelle Überlegungen aus dem grün geführten Bundeslandwirtschaftsministerium. Wenn eine Information die Kaufentscheidung im Ladenregal positiv beeinflussen soll, dürfe sie keine wesentlichen Fakten ausblenden, so der 49jährige Landwirt aus dem brandenburgischen Krielow: „Vielleicht wäre es hilfreich, wenn die Bundesregierung mit Praktikern spricht und sich nicht auf einen Bauernverband verlässt, der allen Ernstes behauptet, Tierhaltung müsse sich neu erfinden.“

Tierwohl habe nicht nur mit technischen Standards zu tun, aber sehr viel mit Eigentümern und deren Familien, die sich täglich um ihre Tiere kümmern, argumentiert Hintze, der selbst Mutterkühe und Mastrinder hält. Deshalb spricht er sich dafür aus, in die Haltungskennzeichnung eine agrarstrukturelle Komponente einzuarbeiten. „Würde man plump den Empfehlungen der Borchert-Kommission folgen, käme die 2000er Milchviehanlage eines Investors in die bevorzugte Stufe 3, wenn sie nur genug Beton in die Landschaft gießt, während ein kleiner Bauer mit 50 Kühen im Anbindestall bei sommerlichem Weidegang in Stufe 1 darum fürchten müsste, seine Produkte überhaupt noch loszuwerden“, gibt Hintze zu bedenken. Es könne doch wohl nicht im Sinne grüner Agrarpolitik sein, gesellschaftlich eigentlich gewollte bäuerliche Betriebe auf diese Weise ins ökonomische Abseits zu drängen.

Irritationen löste bei den FREIEN BAUERN auch die Ankündigung der neuen Staatssekretärin Silvia Bender aus, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Herkunftskennzeichnung würde auf europäischer Ebene geregelt und damit auf unbestimmte Zeit verschoben. „Warum sollte meine Rinderhaltung schon bald nach irgendwelchen Haltungsstufen gekennzeichnet werden, aber wenn das Fleisch aus Südamerika kommt, wo Gentechnik und Hormonspritzen an der Tagesordnung sind, erfährt der Verbraucher darüber

gar nichts“, fragt sich Hintze. Der Wunsch nach regionaler Herkunft sei bei zahlreichen Menschen auch aus Klimaschutzgründen ausgeprägt, weiß der Landwirt von der Direktvermarktung seines Rindfleisches: „Viele wollen sicher gehen, dass die Lebensmittel nicht um die halbe Welt gefahren wurden.“ Genau in diesem regionalen Kontext habe Hintze grüne Agrarpolitik bisher verstanden und wundere sich nun über die Signale aus Berlin.

FREIE BAUERN gegen Verbrauchertäuschung: Herkunft von Lebensmitteln muss ausgewiesen werden

(15.02.2022) Die FREIEN BAUERN haben die dringliche Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel angemahnt. „Der Wunsch vieler Verbraucherinnen und Verbraucher nach heimischen Produkten muss ins Leere laufen, so lange Lebensmitteleinzelhandel und Industrie weiter täuschen und verschleiern dürfen“, sagte Christian Linne von den FREIEN BAUERN Niedersachsen anlässlich der aktuellen Sonderangebote von Edeka, in denen billiger Rohrzucker aus Übersee als nachhaltig erzeugtes norddeutsches Produkt angepriesen wird. Bei den zähen Verhandlungen des vergangenen Jahres mit den großen Handelsketten sei deutlich geworden, dass die Konzerne von sich aus kein Interesse an einer ehrlichen Deklaration ihrer Waren hätten, so der 49jährige Rübenbauer aus Sottmar im Braunschweiger Land: „So lange sie zum Beispiel Deutsche Markenbutter aus tschechischer Milch verkaufen, können sie auch die Preise drücken. Hier ist die Bundesregierung gefragt, um endlich Transparenz in den Ladenregalen und damit bessere Marktchancen für unsere heimischen Landwirte herzustellen.“

Rohrzucker hat dieselben lebensmitteltechnischen Eigenschaften wie europäischer Rübenzucker, wird aber vor allem in Brasilien, Indien und China kostengünstig erzeugt unter sozialen und ökologischen Standards, die hierzulande undenkbar wären, weiß Linne: „In Brasilien etwa brennt der Regenwald für neue Plantagen, Indios werden vertrieben, Landarbeiter müssen unter schwierigsten Arbeitsbedingungen für sehr niedrige Löhne schuften, und es werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt, die bei uns lange verboten sind.“ Angesichts der Dumpingpreise aus Übersee kann selbst der auf den besseren Böden im Vorland der deutschen Mittelgebirge sehr ertragreiche Rübenanbau nicht mehr konkurrieren und wird zunehmend vom Markt gedrängt, kritisieren die FREIEN BAUERN. Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf allen Verpackungen könnte den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Supermarktregal Orientierung vermitteln, wie die angebotenen Lebensmittel produziert und wie weit sie transportiert wurden, wünscht sich Linne: „Erst dann kann man sich als Kunde bewusst für dieses oder jenes Produkt entscheiden.“



Die Verbrauchertäuschung durch Edeka war für uns ein willkommener Anlass, in der Diskussion nochmals die Bedeutung der Herkunftskennzeichnung zu betonen und auf die Missstände hinzuweisen, die durch deren Fehlen verursacht sind. Gegenüber den Bundestagsabgeordneten haben wir nachjustiert und dargestellt, in welchem Kontext wir uns eine Kombination aus Haltungs- und Herkunftskennzeichnung vorstellen können:



Grundsätzlich sehen wir eine **Haltungskennzeichnung** wie die gesamte Initiative Tierwohl kritisch, da sie das Wohlbefinden der Nutztiere auf technische Standards reduziert und dabei die Qualität der Betreuung außer acht lässt. Das Auge des Herren mästet das Vieh, heißt eine alte Volksweisheit. Gerade auf unseren bäuerlichen Familienbetrieben ist die Qualität der Betreuung im Regelfall besonders hoch, während zugleich hohe technische Standards nicht für jeden Betrieb finanziell zu leisten sind – das würde bedeuten, dass wir durch die geplante massive staatliche Bevorzugung von Haltungssystemen Betriebe verlieren, insgesamt gesehen also bei möglicherweise steigenden technischen Standards die Qualität der Betreuung sinken wird. Ob damit dem Tierwohl gedient ist, wagen wir zu bezweifeln. Allerdings lässt der Koalitionsvertrag keinen Zweifel daran, dass eine Haltungskennzeichnung kommen wird, und so würden wir versuchen wollen, diese so auszugestalten, dass sie trotzdem möglichst viele bäuerliche Familienbetriebe mitnimmt. An die Stelle der komplizierten vier Stufen der unsäglichen Borchert-Kommission möchten wir drei Stufen setzen: Stufe 1 für den gesetzlichen Standard, Stufe 3 für praxiserprobte Premiumsysteme wie Bioland, Neuland, Strohschwein, Weidemilch usw. und dazwischen eine breite Stufe 2, in der alle Betriebe mit einfachen Mitteln und ohne hohen Investitionsaufwand (z. B. zwei Schweine raus, Beschäftigungsmaterial rein) spürbare Verbesserungen umsetzen können.

All das macht allerdings nur Sinn, wenn zusammen mit der Haltungskennzeichnung eine **Herkunftskennzeichnung** eingeführt wird. Ohne diese hätte die Haltungskennzeichnung eine Diskriminierung unserer Landwirtschaft zur Folge – wenn etwa im Ladenregal ein deutsches Schweineschnitzel als Stufe 1 abqualifiziert wird, während ein aus Chile importiertes Schweineschnitzel, das zu deutlich schlechteren Tierwohl-Standards erzeugt wurde, ohne Kennzeichnung daneben liegt. Da Supermarktketten und Ernährungsindustrie eine Herkunftskennzeichnung als unpraktikabel bezeichnen (natürlich um weiterhin durch Billigimporte beliebig den Preis drücken zu können), haben wir im Agrardialog einen praktikablen Vorschlag erarbeitet, siehe Anlage. Wenn Supermarktketten und Ernährungsindustrie eine Haltungskennzeichnung realisieren können, dann können sie dasselbe auch bei einer Herkunftskennzeichnung. Und dann macht es Sinn, diese umfassende Verbraucherinformation in einem Schritt einzuführen, statt – wie derzeit vom Landwirtschaftsministerium erwogen – die Herkunftskennzeichnung auf einen gesamteuropäischen Konsens und damit in unbestimmte Zukunft aufzuschieben. Bei der Herkunftskennzeichnung geht es übrigens nicht um Werbung wie etwa für ein Ökosiegel oder ein Regionalsiegel, sondern um die nüchtere Information über die (selbst innerhalb der EU unterschiedlichen) Produktionsstandards sowie über die Transportentfernung, was ja unter Klimaschutzgesichtspunkten auch nicht ganz unwichtig ist.

FREIE BAUERN zu Stallbau-Vorschlägen: Wir wollen diese Milliarden nicht

(17.01.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Forderung des Deutschen Bauernverbandes nach vier Milliarden Euro jährlich für neue Tierwohl-Ställe zurückgewiesen. „Wir wollen kein staatliches Finanzierungssystem, das uns Bauern abhängig macht, sondern faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen, unter denen wir Geld verdienen und selber in einem Maße investieren können, das zu unseren Betrieben passt“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Für die neue Bundesregierung gehe es um eine Grundsatzentscheidung, so der 56jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Wird Özdemir mit einem milliardenschweren Stallbauprogramm das Wachsen oder Weichen anheizen oder wird er dafür sorgen, dass alle Landwirte eine höhere Wertschöpfung erzielen können?“

Tierwohl hänge nicht nur von technischen Standards ab, sondern wesentlich auch davon, dass sich Eigentümer mit Herzblut um ihre Tiere kümmern, argumentieren die FREIEN BAUERN. „Je mehr selbständige Tierhalter im Geschäft bleiben, desto besser für unsere gesamte Nutztierhaltung“, so Guhl: „Öffentliche Investitionsprogramme nützen zuerst der Agrarindustrie und verzerren den Wettbewerb zulasten der soliden bäuerlichen Betriebe, die nur soviel bauen, wie sie auch bezahlen können.“ Um die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu verbessern, wünschen sich die FREIEN BAUERN deshalb keine neuen Steuermilliarden, sondern eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle Lebensmittel, Mindeststandards für Lieferverträge bei Milch und Schlachtvieh sowie eine Entflechtung der großen Molkereien, Schlachtkonzerne und Handelsketten.

FREIE BAUERN halten Lauterbachs Fleisch-Thesen für Wichtigtuerei

(28.02.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Forderung von Gesundheitsminister Karl Lauterbach nach einer drastischen Reduzierung des Fleischkonsums aus Gesundheits- und Klimaschutzgründen als „pseudowissenschaftliche Wichtigtuerei“ zurückgewiesen. „Unsere Nutztiere können mit ihrer Atmung gar nicht mehr Treibhausgase ausstoßen als ihre Futterpflanzen vorher durch Photosynthese gebunden haben“, erklärt Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und selber Biolandwirt aus dem brandenburgischen Lennewitz: „Sicher ist ein übermäßiger Fleischkonsum nicht gesund – man sollte sich generell nicht überfressen – aber Herr Lauterbach ist hoffentlich auch aufgefallen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung trotz unserer gegenwärtigen Ernährungsgewohnheiten steigt.“

Klimaschädliche Auswirkungen habe ausschließlich die Einfuhr von Tierfutter aus Übersee, vor allem von Soja aus Ländern, in denen dafür der tropische Regenwald gerodet werde, argumentiert Jung: „Ohne diese Importe würden wir vielleicht 10 Prozent weniger Fleisch produzieren, aber nicht die 80 Prozent, von denen Lauterbach spricht.“ Ein erheblicher Rückgang der Tierhaltung in Deutschland würde im Gegenteil die Versorgungssicherheit gefährden, weil dadurch Produktionsreserven ungenutzt blieben und natürliche Kreisläufe unterbrochen würden, mahnen die FREIEN BAUERN. Jung: „Nur mit Tieren sind wir in der Lage, Gras, Ackerfutter und nicht backfähiges Getreide aus regionaler Produktion zu verwerten, und erhalten gleichzeitig die organischen Dünger Mist, Gülle und Jauche, deren Wert uns gerade bei der aktuellen Düngerknappheit bewusst wird.“

Wer die heimische Tierhaltung und ihre Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung ohne Kenntnis der Zusammenhänge schlechtrede, handele unverantwortlich, so Jung: „Wir haben von Herrn Lauterbach schon genug ertragen und würden es sehr begrüßen, wenn dieser Minister seine Fehleinschätzungen nicht auch noch auf die Landwirtschaft ausdehnt.“



*Bisher **kein Interesse** an bäuerlichen Positionen: Die neue Umweltministerin Steffi Lemke und der neue Landwirtschaftsminister Cem Özdemir lassen sich auf ihrem Agrarkongress vom Bauernverband und den üblichen Verdächtigen aus der Bioszene feiern. Ob diesen beiden Verfechtern der Agrarwende inzwischen dämmert, dass man mit Stilllegungen keine Menschen ernährt und mit Verboten keine Bauern überzeugt? Unsere Hand bleibt ausgestreckt, aber irgendwann wird einem der Arm lahm dabei ...*

FREIE BAUERN an Lemke: Landwirtschaft und Umwelt zusammen denken

(Schreiben vom 12.01.2022) Sehr geehrte Frau Lemke,

zunächst möchte ich Ihnen ein gutes neues Jahr wünschen sowie für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe eine ruhige Hand und ein sicheres Gespür für das Notwendige und Machbare. Landwirtschaft und Umwelt sind eng miteinander verzahnt, kein anderer Wirtschaftszweig ist nicht nur so von den Launen der Natur abhängig, sondern auch auf eine intakte Natur angewiesen wie wir – deshalb möchten wir Ihnen gern unsere konstruktive Zusammenarbeit anbieten. Die FREIEN BAUERN verstehen sich als Berufsvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe. Was uns von anderen Organisationen unterscheidet, die sich ebenfalls auf diesem Gebiet versuchen, ist unser Anspruch auf unbedingte Unabhängigkeit. Wer bei uns ein Amt hat, darf keines in Parteien oder Parlamenten oder gar in der Industrie haben. Auf diese Weise sind wir für die Politik nicht immer ein bequemer Gesprächspartner, aber von uns erhalten Sie ungefilterte Standpunkte und Sichtweisen des bäuerlichen Mittelstandes, der Ihre Agrarumweltpolitik umsetzen soll. Das kann für beide Seiten von Vorteil sein, wenn man tatsächlich etwas zum Besseren wenden will.

Es ist kein Geheimnis, dass wir uns an der Agrarumweltpolitik der alten Bundesregierung gerieben haben. Hauptgrund dafür war nach meiner Einschätzung eine zu isolierte und theoretische Betrachtung der Landwirtschaft. Eine Agrarwende, so wie sie in den Papieren der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ und des „Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“ gefordert wird, läuft Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten, indem Tierwohl und Naturschutz nicht in dem Zusammenhang gesehen werden, in den sie aufgrund der Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Ernährung selbstverständlich gehören:

- Die geplante **Transformation der Betriebe** würde zu einer Beschleunigung des Höfesterbens und damit zu einer Verringerung genau desjenigen Personenkreises führen, der für eine nachhaltige Landwirtschaft gebraucht wird. Wer mit eigener Hände Arbeit seinen eigenen Betrieb bewirtschaftet, spürt eine höhere Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen als der noch so gut geschulte Mitarbeiter eines Agrarkonzerns. Für mehr Tierwohl und Naturschutz wünschen wir uns deshalb kontinuierliche Entwicklung der Betriebe aus eigener Kraft, keinesfalls grundlegende Veränderungen auf staatlichen Druck. Statt einer Transformation brauchen wir agrarpolitische Leitplanken für regionale Wertschöpfung und gegen globalen Freihandel – darüber wollen wir natürlich vor allem mit Ihrem Kollegen Herrn Özdemir ins Gespräch kommen.
- Die geplante **Extensivierung der Produktion** würde zu einer Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland führen, insbesondere nach Übersee, wo durch die Rodung des tropischen Regenwaldes gegenwärtig Agrarland in Größenordnungen neu geschaffen wird. Dieses Thema fällt in Ihr Ressort, das

durch die Novelle der Düngeverordnung und das Aktionsprogramm Insektenschutz in der letzten Legislaturperiode zwei Regelwerke maßgeblich mitverantwortet hat, die für Wasserqualität und Insektenbestand keinen nachvollziehbaren Nutzen bringen, dafür aber die heimische Versorgung mit Lebensmitteln um einige Prozent senken. Unsere Vorschläge, etwa für eine Verursachermittlung bei Grundwasserbelastungen oder für ein großangelegtes Förderprogramm zur Neuanlage von Hecken und Baumreihen in ausgeräumten Agrarlandschaften blieben ungehört. Statt plumper Extensivierung, deren Kehrseite die Ausplünderung anderer Weltgegenden durch unsere reiche Gesellschaft ist, wünschen wir uns eine intensive umweltgerechte Landwirtschaft sowie einen hohen Selbstversorgungsgrad und würden dafür gerne mit Ihnen praxistaugliche Strategien entwickeln.

Vielleicht werden Sie auf dem Agrarkongress „Umwelt und Landwirtschaft im Aufbruch“ feststellen, dass die Vertreter der herkömmlichen Interessenvertretung für genug Geld alles mit sich machen lassen. Mit Bauernmilliarden und den Konzepten der Merkel-Ära werden Sie – so meine Einschätzung – jedoch nicht die Mehrheit eines Berufsstandes erreichen, der zutiefst verunsichert ist und sich aus guten Gründen in eine Abwehrhaltung gegen jegliche staatliche Regulierung begeben hat. Neben der AbL, die Ihnen traditionell sehr nahe steht, haben sich nach den großen Bauerndemonstrationen von 2019/2020 unabhängige Gruppen gebildet. Ich lege Ihnen unsere letzten beiden Rundbriefe anbei, die Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit geben und Sie ermutigen sollen, auch von Seiten des Bundesumweltministeriums einen Aufbruch zu wagen, Umwelt und Landwirtschaft zusammen zu denken.

Gerne komme ich zu einem Termin in die Bundeshauptstadt – da wir aber privat fast Nachbarn sind, lade ich Sie auch herzlich auf meinen Ackerbaubetrieb in Hohenthurm bei Halle ein.

Mit freundlichen Grüßen Alfons Josef Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN



*Unsere **Verfassungsbeschwerde** gegen die Düngeverordnung ist vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen worden – nach 14 Monaten nur ein lapidarer Satz. Dies ist ein schwerer Rückschlag, der uns vor allem zeitlich zurückwirft, denn natürlich war uns auch vorher klar, dass die Abkürzung über Karlsruhe unsicher ist ... und wir möglicherweise doch den Weg über die Verwaltungsgerichte gehen müssen. Dieser Weg wird jetzt von der LSV Ostfriesland UG vorbereitet und zeitnah umgesetzt. Wir sind bereits im Gespräch mit einem Betrieb, der ein Bußgeldverfahren wegen eines Verstoßes gegen die Düngeverordnung zu laufen hat und mit dem wir kurzfristig die Klage einreichen können. Ausführliche Berichterstattung dazu folgt im nächsten Rundbrief.*

FREIE BAUERN fordern Ehrlichkeit statt Geschacher um rote Gebiete

(23.01.2022) Die FREIEN BAUERN sehen das drohende EU-Vertragsverletzungsverfahren als Chance für einen fairen Neubeginn bei der Ausweisung roter Gebiete. „Wir müssen weg von dem Geschacher um Prozentzahlen, mit denen angeblich mehr oder weniger Grundwasserschutz erreicht wird, hin zu

einer nachvollziehbaren Eingrenzung und aktiven Bekämpfung von Grundwasserbelastungen“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Der 58jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfelheim, dessen Flächen bereits einmal im roten Gebiet und nach einer Korrektur wieder draußen lagen, plädiert für ein dreistufiges Verfahren, bei dem es darum geht, die Ursache der Belastungen möglichst präzise zu identifizieren und auszuschalten: „Nach Jahren einer ideologisch geführten Auseinandersetzung schlagen wir vor, es einfach mal mit Ehrlichkeit zu versuchen.“

Zunächst müsse das Messnetz weiter verdichtet werden – aus Sicht der FREIEN BAUERN sollte dabei mindestens eine technisch einwandfrei funktionierende Messstelle auf 15 Quadratkilometern angeordnet sein. Weiter müsse künftig das einzelne Messergebnis als Grundlage für die Ausweisung dienen, so Straller: „Der Radius um eine belastete Messstelle herum ist relevant, wir sollten endlich wegkommen von all den angreifbaren Hypothesen und Modellierungen.“ Schließlich müsse es den betroffenen Landwirten möglich sein, anhand ihrer Wirtschaftsdaten nachzuweisen, dass die Belastung nicht von ihrem Betrieb ausgehen kann. Im Zweifelsfall lasse sich über zusätzliche umweltforensische Untersuchung der Proben oder ergänzende Beprobung von Flächen der Kreis der wahrscheinlichen Verursacher deutlich eingrenzen. Straller: „Flächendeckende Grundwasserschäden durch die Landwirtschaft sind ein Märchen. Wenn wir die punktuellen Belastungen, die es zweifellos gibt, wirksam abstellen wollen, brauchen wir ein fachlich korrektes, rechtssicheres Verfahren. Das hat unsere volle Unterstützung.“

FREIE BAUERN wollen Düngeverordnung aussetzen, um die Ernte zu sichern

(25.02.2022) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung aufgefordert, die Düngeverordnung 2020 auszusetzen und auch die Planungen für eine Ausweitung der so genannten roten Gebiete auf Eis zu legen. „Angesichts der bereits heute bestehenden gravierenden Düngerknappheit, die sich noch verschärfen wird, müssen wir alle verfügbaren Nährstoffe an die Pflanzen bringen und dürfen die Betriebe nirgendwo mit irgendwelchen fachlich ohnehin umstrittenen Auflagen einschränken“, argumentiert Jens Soeken von den FREIEN BAUERN Niedersachsen. Jede politisch motivierte Verringerung der heimischen Lebensmittelproduktion könne für die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Jahr schwer wiegende Folgen haben, so der 41jährige Landwirt aus dem ostfriesischen Timmel: „Durch den Krieg in der Ukraine droht der Ausfall weltweit wichtiger Anbauggebiete für Getreide. In einer solchen Situation darf sich ein vorausschauend handelnder Staat nicht darauf verlassen, dass man überlebenswichtige Güter jederzeit überall auf der Welt einkaufen kann.“

Durch die kontroversen Diskussionen um die Düngeverordnung sei in den letzten Jahren in weiten Teilen der Gesellschaft ein Bild von der Düngung entstanden, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun habe, bedauert Soeken: „Wenn wir düngen, versorgen wir unsere Pflanzen mit Nährstoffen, die sie für ihr Wachstum dringend brauchen und ohne die sie nicht den Ertrag bringen würden, von dem wir leben – und zwar nicht nur wir Landwirte im ökonomischen Sinne, sondern alle Menschen, die wir mit unserer Arbeit ernähren.“ Das Grundwasser sei durch landwirtschaftliche Düngung nie großflächig in Gefahr gewesen, von einigen wenigen Betrieben mit besonders intensiver flächenunabhängiger Tierhaltung einmal abgesehen. Die FREIEN BAUERN wünschen sich, dass durch Aussetzung der Düngeverordnung eine ausreichende Ernte 2022 gesichert werden kann und zugleich eine sachliche Debatte über Düngung wieder möglich wird. Soeken: „Nitrat ist kein Gift, sondern ein Pflanzennährstoff von hohem Wert, und alle politischen und ökonomischen Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dass wir auch künftig hohe Erträge erzielen können.“



Die **GAP-Reform** mit ihrer „grünen Architektur“ aus Konditionalität und Öko-Regelungen in der ersten sowie Agrarumweltprogrammen in der zweiten Säule ist nicht leicht verständlich und es bringt wenig Spaß, sich mit den Einzelheiten der Umsetzung zu befassen. Trotzdem haben unsere Landesgruppen in Brandenburg und Niedersachsen Stellungnahmen abgegeben und sich vor allem gegen praxisferne Bestimmungen zum guten ökologischen Zustand gewandt. Christian Linne von den

FREIEN BAUERN Niedersachsen forderte von Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, den größtmöglichen Spielraum für länderspezifische Änderungen zu nutzen. Dazu gehöre eine Überprüfung der Zwangsstillegung von 4 Prozent der Ackerfläche sowie Ausnahmeregelungen beim Fruchtwechsel. So sollen Betriebe, die mindestens 5 Kulturen auf mindestens 5 Prozent der Ackerfläche anbauen, von dem Gebot des Fruchtwechsels ausgenommen werden. Die als Kompensation für die Kürzung der Flächenprämie geschaffenen Öko-Regelungen seien derart kompliziert und weltfremd gestaltet, dass sie von den meisten Bauern nicht umgesetzt werden können, kritisiert Linne.

Auf Bundesebene haben wir für unsere Forderungen nach einer grundsätzlichen Umkehr den Begriff der **ökologischen Intensivierung** eingeführt (der übrigens von der FDP-Bundestagsfraktion inzwischen übernommen wurde). Unsere Argumente gewinnen an Gewicht, auch wenn die grünen Minister noch an ihrer Politik der Extensivierung festhalten. Der offene Brief unseres Bundessprechers Alfons Wolff an Cem Özdemir weist der Bundesregierung einen Ausweg ... wird sie ihn nutzen?

FREIE BAUERN bezeichnen Flächenstillegungen als ökologische Sünde

(08.02.2022) Die **FREIEN BAUERN** haben die Bundesregierung zu einer grundsätzlichen Kehrtwende in der Agrarumweltpolitik aufgefordert. „Die Stillegung wertvoller Ackerflächen in unserer Gunstregion durch die bevorstehende GAP-Reform ist eine ökologische Sünde, weil sie einen Anstieg der Agrarimporte aus Übersee nach sich zieht und damit Hunger und Umweltzerstörung in anderen Teilen der Welt“, kritisiert Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der **FREIEN BAUERN**. Wenn bei gleich bleibendem Verbrauch die Lebensmittelerzeugung hierzulande gesenkt werde, schaffe das Platz für genau diejenigen Agrarüberschüsse, die gegenwärtig durch Brandrodung am Amazonas entstehen, so der 50jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Um uns regional zu versorgen, brauchen wir keine Extensivierung, sondern eine ökologische Intensivierung unserer Landwirtschaft.“

Als ersten Baustein schlagen die **FREIEN BAUERN** ein freiwilliges Programm für Hecken und Baumreihen vor, die nicht nur vernetzte Lebensräume für Wildpflanzen und Wildtiere schaffen, sondern auch Erosionsschutz und Mikroklima in der Kulturlandschaft verbessern. „Das verbraucht kaum Fläche, und wir könnten hochproduktiv weiter wirtschaften“, begründet Ehrenberg. Der zweite Baustein der ökologischen Intensivierung wäre ein rigoroser Importstopp für gentechnisch verändertes Soja, wodurch sich die Nutztierbestände zwangsläufig der heimischen Futtergrundlage anpassen müssten, erläutert Ehrenberg: „Dann würden sich Eiweißfutterpflanzen in der Fruchtfolge ganz schnell wieder lohnen.“ Als dritten Baustein wünschen sich die **FREIEN BAUERN** staatliche Anreize zur Gründung neuer Kleinbetriebe, die unter intensiver Flächenausnutzung die in Deutschland fehlenden Produkte Obst und Gemüse, Schaf- und Honig erzeugen. Ehrenberg: „Solche Neusiedlung könnte ökologisch denkenden jungen Menschen ohne Hof Chancen eröffnen, selber praktisch tätig zu werden.“

Die 2023 in Kraft tretende GAP-Reform mit ihren großräumigen Flächenstillegungen und kleinkarierten Produktionsauflagen setze dagegen auf einen Rückgang der heimischen Produktion, beklagt Ehrenberg: „Dass die planmäßige Verunkrautung von Feldern oder Vernässung von Wiesen ökologisch vorteilhaft sein soll, sehen wir als Ausdruck dekadenter Denkverweigerung.“ Von der neuen Bundesregierung erwarten die FREIEN BAUERN deshalb eine konstruktive Diskussion über die Reform der Reform, und zwar so schnell wie möglich. Ehrenberg: „Eine Agrarumweltpolitik, die diesen Namen verdient, muss die Ernährung der Menschen in Einklang bringen mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das geht aber nicht mit immer weniger Bäuerinnen und Bauern.“

FREIE BAUERN für ökologische Intensivierung der Landwirtschaft

(06.03.2022) Die FREIEN BAUERN halten einen grundlegenden Kurswechsel auch in der Agrarpolitik für erforderlich. „Angesichts der drohenden Lebensmittelknappheit brauchen wir eine ökologische Intensivierung unserer heimischen Landwirtschaft, die nicht mehr auf Export, sondern auf Selbstversorgung ausgerichtet ist“, sagte Bundessprecher Alfons Wolff. Dies könnten am besten bäuerliche Familienbetriebe leisten, die durch ihre Verbindung aus Eigentum und Arbeit besonders produktiv sind und mit Blick auf die nächste Generation zugleich nachhaltig wirtschaften, ist der 61jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt überzeugt und verlangt politische Unterstützung gegen Billigimporte und gegen die Macht der Monopole: „Es muss sich für uns wieder lohnen, Lebensmittel für den heimischen Markt zu produzieren.“

Mit ökologischer Intensivierung meinen die FREIEN BAUERN, dass alle verfügbaren Produktionskapazitäten effizient und verantwortungsvoll genutzt werden sollten. „Acker- und Grünlandflächen dürfen nicht länger durch sinnlose Baumaßnahmen zubetoniert oder für den Naturschutz zweckentfremdet werden“, fordert Wolff. Vorschriften und Anreize zur Flächenstillegung – wie in der aktuellen GAP-Reform vorgesehen – gehörten ersatzlos gestrichen, und auch die fachlich unbegründeten Einschränkungen bei Düngung und Pflanzenschutz, die von der letzten Bundesregierung verabschiedet wurden, müssten auf den Prüfstand. Wolff: „Vor allem gilt es, den Green Deal an die neue Situation anzupassen. Oberstes Ziel müssen viele leistungsfähige bäuerliche Betriebe sein, die in der Lage sind, die Bevölkerung in Krisenzeiten zu versorgen.“



Die FREIEN BAUERN warnen davor, sich in der trügerischen Sicherheit zu wiegen, ein reiches Land könne den Armen dieser Welt jederzeit alle Lebensmittel wegkaufen. „Wir dürfen nicht denselben Fehler machen wie bei der Energieversorgung, wo jetzt beispielsweise teures Frackinggas aus den USA zum Einsatz kommt“, argumentiert Wolff und verweist auf Rodungen des tropischen Regenwaldes in Südamerika: „Die Antwort auf diese Krise darf nicht in neuen Abhängigkeiten bestehen, etwa von den Mercosur-Staaten. Echte Lebensmittelsicherheit geht nur mit einer starken heimischen Landwirtschaft.“

FREIE BAUERN an Özdemir: Landwirtschaft stabilisieren statt umbauen

(Schreiben vom 09.03.2022) Sehr geehrter Herr Özdemir,

in einem Interview raten Sie dazu, die jetzige Situation nicht für agrarpolitische Eigeninteressen zu missbrauchen, und halten unbeirrt an GAP, Green Deal und einem Umbau der deutschen Landwirtschaft fest. Ich möchte Sie heute daran erinnern, dass es ein Wesensmerkmal unserer freien Gesellschaft ist, dass gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen zum Ausdruck bringen, damit Politiker diese bewerten und gewichten können und im Idealfall gesamtgesellschaftlich gute Entscheidungen treffen. Insofern möchte ich Ihnen mit diesem Schreiben ausdrücklich unsere Unterstützung anbieten.

Durch den Krieg in der Ukraine ist die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln in den Focus gerückt. Bei Ernährung geht es plötzlich nicht mehr um Zucker, sondern um Hunger. In der Diskussion werden Forderungen laut, Deutschland müsse seiner Verantwortung als landwirtschaftlicher Gunststandort gerecht werden, indem wir Überschüsse produzieren, mit denen wir die Hungernden der Welt versorgen können. In schrillen Tönen wird Ihre Kompetenz in Zweifel gezogen, auf einen drohenden Versorgungsnotstand angemessen zu reagieren. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass die FREIEN BAUERN sich daran nicht beteiligt haben. Allerdings sind wir doch einigermaßen verwundert darüber, dass Sie in dem Interview jede Kurskorrektur mit dem Hinweis auf die Überversorgung bei einzelnen Produkten ablehnen. Die Ihnen unterstellte Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft hat für das letzte Berichtsjahr 2019/20 einen Selbstversorgungsgrad von 88 Prozent ermittelt. Wenn unsere Landwirtschaft die Bevölkerung nur noch zu 88 Prozent mit den tatsächlich verbrauchten Nahrungsmitteln versorgen kann, sollte man bereits aus ökologischen Gründen alle Auflagen und Anreize in Frage stellen, die eine Verringerung der heimischen Produktion zur Folge haben. Angesichts der dramatischen Entwicklung der Getreidemärkte aufgrund des Krieges in der Ukraine eine Strategie weiter zu verfolgen, durch die wir im Ergebnis den Hungernden der Welt noch mehr Nahrungsmittel wegkaufen als wir das ohnehin schon tun, halte ich für höchst problematisch und appelliere an Sie, mit uns gemeinsam nach einer besseren Lösung zu suchen.

Ihre Amtsvorgängerin hat mit Zukunftskommission und Borchert-Kommission umfangreiche Konzepte für einen Umbau der deutschen Landwirtschaft vorgelegt. Wir haben nie verstanden, warum ausgerechnet Sie sich als Umsetzer dieser Programme sehen, die auf eine deutliche Verringerung der heimischen Produktion hinauslaufen. Die nunmehr nicht nur sinnvolle, sondern notwendige Kurskorrektur gibt Ihnen die Möglichkeit, diesen Umbau anders (und viel grüner als vorher) zu gestalten:

1.) Umbauen im Sturm geht nicht

In der gegenwärtigen angespannten Situation sollte alles unterbleiben, was die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft in irgendeiner Weise schwächt – je weniger Sie in das funktionierende System eingreifen, je mehr Einschränkungen Sie, und sei es nur vorübergehend, außer Kraft setzen, desto besser.

2.) Umbauen danach heißt in erster Linie stabilisieren

Sobald (hoffentlich schnell) wieder Frieden eingekehrt ist, sollten alle agrarpolitischen „Baumaßnahmen“ nicht einer luxuriösen Fassade, sondern einer stabilen Konstruktion dienen. Schon jetzt können Sie die erforderlichen handelspolitischen Schritte einleiten, um den massenhaften Import von Soja und Palmöl zu unterbinden. In der Folge würden sich Ackerbau und Tierhaltung auf den inländischen Bedarf ausrichten. Auch für eine Ausdehnung des Anbaus von Obst und Gemüse können Sie bereits heute Weichen stellen. Stabile Fundamente einer solcher Orientierung unserer Landwirtschaft auf die krisensichere Versorgung der Bevölkerung müssen ein wirksamer Außenschutz sein sowie die Zerschlagung der Monopole in den vor- und nachgelagerten Bereichen.

3.) Wenn dann noch jemand Lust zum Umbauen hat, macht er es selber

Sie glauben gar nicht, wie engagiert und einfallsreich wir auf unseren Betrieben seit Jahren Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl praktizieren, und zwar nicht aufgrund politischer Konzepte, sondern weil unser Beruf so eng mit Natur und Umwelt verzahnt ist wie kein anderer. Wir sind durchaus der Meinung, dass die Bevölkerung, für die wir Nahrungsmittel produzieren, über die Produktion informiert sein und durch ihr Kaufverhalten auf die Produktion Einfluss nehmen können sollte, das aber bitte ohne moralisierende Belehrungen, pauschalisierende Anschuldigungen oder staatlichen Zwang. Ein Umbau kann nur gelingen, wenn er nicht von oben herab diktiert wird.



Aus unserem Gesprächsangebot vom 26. November wissen Sie, dass wir uns bei der neuen Bundesregierung in vielen Themenbereichen zumindest Chancen ausgerechnet haben, Verbesserungen für unseren Berufsstand zu erreichen. In drei Monaten kann man keine Wunder erwarten, aber Signale wären schön gewesen. Jetzt zwingt die Situation dazu, grundsätzlicher zu denken, und wir versuchen erneut einen Anlauf. Unsere Vorschläge zielen nicht nur auf Stabilität, sondern auch auf natürliche Kreisläufe und regionale Wertschöpfung – eigentlich urgrüne Anliegen. Dagegen stehen wirtschaftliche Machtinteressen des Großkapitals und ideologische Barrieren innerhalb Ihrer Klientel. Für die Herausforderungen, die vor uns liegen, müssen deshalb auch Sie auf die alten Sprechzettel verzichten. Die FREIEN BAUERN legen Ihnen erneut und eindringlich nahe, einen Dialog auf Augenhöhe umgehend zu beginnen.

Mit freundlichen Grüßen Alfons Josef Wolff,
Bundessprecher der FREIEN BAUERN

*Zum Abschluss zwei Themen aus Brandenburg: Hier hatten wir vor anderthalb Jahren zur anstehenden Novelle des **Jagdgesetzes** mit konstruktiven Hinweisen Stellung genommen. Gegenüber dem Ministerium hatte unser Vertreter im Landesjagdbeirat Klaus Hildebrandt unter anderem ausgeführt: „1.) Wolf, Biber und Kolkrabe haben sich in ihrem Bestand erholt. Daher besteht keine Notwendigkeit mehr für den gegenwärtigen strengen Schutz. Im Gegenteil, durch den Schutz nehmen die Schäden in der Kulturland-*

schaft zu: Wölfe reißen zunehmend Weidetiere und zerstören damit die ökonomische Grundlage der artgerechten und naturnahen Weidetierhaltung. Herdenschutzmaßnahmen haben sich als sehr teuer und teilweise wirkungslos herausgestellt. Durch den Schutz verlieren die Wölfe außerdem langfristig ihre Scheu vor dem Menschen. Biber unterhöhlen vom Gewässer aus Deiche, Straßen und Schienen sowie die Böschungsbereiche der landwirtschaftlichen Flächen und richten damit erhebliche Schäden an. Durch ihre Nagetätigkeit an Gewässerrandgehölzen vernichten sie wertvolle Biotop. Kolkraben machen inzwischen sogar Jagd auf frisch geborene Kälber oder Lämmer. Auch Junghasen und Fasanenküken fallen ihnen bei fehlender Deckung, z. B. während der Ernte, zum Opfer. Aus den genannten Gründen sollten Wolf, Biber und Kolkrabe ins Jagdrecht aufgenommen werden. Aufgrund der derzeitigen Einstufung in der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft würden sie damit zunächst einer ganzjährigen Schonzeit unterliegen. Aufgrund der Bestandserholung hat sich die Landesregierung in der Vergangenheit (mit zweifelhaftem Nachdruck, aber immerhin) dafür eingesetzt, eine Änderung der Einstufung herbeizuführen. Sollten diese Bemühungen dereinst Erfolg haben, müssten Wolf, Biber und Kolkrabe also ohnehin ins Jagdrecht aufgenommen werden. Insofern ist sinnvoll, dies unter dem genannten Vorbehalt bereits in der anstehenden Novelle zu realisieren. Eine erneute Novelle nach Änderung der Einstufung würde zu Verzögerungen führen, die angesichts der wachsenden Schäden nicht zu verantworten sind.“ Außerdem praktische Hinweise zur Schädlingsbekämpfung von Bisam und Nutria, zum Schutz von Niederwild und Singvogelbeständen sowie zum Jagddruck auf das Schwarzwild. Umso größer unser



Erstaunen, als wir Mitte Februar einen Entwurf für ein neues Jagdgesetz präsentiert bekamen, der in eine gänzlich andere Richtung ging. Unter anderen ist darin vorgesehen, dass Flächeneigentümer ab 10 Hektar ihren Besitz aus der Jagdgenossenschaft rausnehmen und in eigener Regie bejagen können ... was eine effektive Jagd weithin unmöglich machen würde.

Politisches Problem: Wenn man zu weit oben ist, verliert man manchmal die Witterung

FREIE BAUERN Brandenburg:

Geplantes Jagdrecht würde Landeigentümer zu Bittstellern herabstufen

(17.02.2022) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben sich entschieden gegen den Entwurf für ein neues Jagdgesetz ausgesprochen: „Das vorliegende Papier ist nicht einmal eine Gesprächsgrundlage“, sagte Landesvorstand Frank Michelchen: „Die geplante Zersplitterung der Reviere und die mögliche Einführung von Abschusspflichten würde jede Freude an der Jagd in einem bürokratischen Chaos ersticken – ohne engagierte Jäger haben wir Bauern aber ein Problem.“ Durch die Summe praxisferner Regelungen könnte sich die Absicht des Gesetzgebers, die Wildbestände zugunsten des Waldes zu dezimieren, in ihr Gegenteil verkehren und wiederum staatliches Eingreifen erforderlich machen, mutmaßt der 56jährige Biobauer aus Leibsch im Spreewald, der selber zur Jagd geht: „Am Ende bestellt der Staat die Jäger und wir Landeigentümer werden wieder zu Bittstellern wie vor 200 Jahren – nur eben nicht mehr beim Adel, sondern künftig beim Amtsdirektor.“

Die Landwirtschaft habe ein existenzielles Interesse daran, Wildschäden an ihren Kulturen gering zu halten, sie brauche deshalb eine in sinnvollen Einheiten organisierte Jagd, argumentiert Michelchen und fragt: „Streit zwischen Jägern gibt es fast ausschließlich um Reviergrenzen ... wie kann man da ein Gesetz entwerfen, das diese Grenzen vervielfacht?“ Mit der derzeit praktizierten Bestellung der Jäger durch die Jagdgenossenschaften hätten die Landeigentümer starken Einfluss auf das Jagdgeschehen vor Ort. Diese im großen und ganzen funktionierende Form der Selbstverwaltung müsse unbedingt bewahrt bleiben. Michelchen: „Natürlich bin ich auch nicht immer einverstanden mit allen Beschlüssen, trotzdem ist unsere Jagdgenossenschaft für mich gelebte Demokratie, die gerade bei den vielen Kleineigentümern die Bindung zum Land aufrecht erhält und das Dorfleben bereichert.“

Die FREIEN BAUERN Brandenburg wollen sich der Diskussion um ein neues Jagdgesetz nicht verschließen und sehen durchaus Möglichkeiten, weniger engagierten Jägern auch von gesetzlicher Seite mehr Druck zu machen, so Michelchen: „Hierüber werden wir gern mit der Landesregierung reden, übrigens auch über unseren Vorschlag, Wolf, Biber und Kolkrabe in das Jagdrecht aufzunehmen.“ Dafür müsse der vorliegende absurde Entwurf allerdings zunächst seinen finalen Standort im Altpapiercontainer des Ministeriums gefunden haben.

FREIE BAUERN Brandenburg für Klimaschutz durch regionale Erzeugung

(18.03.2022) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben in der Arbeitsgruppe Landnutzung zum Klimaplan des Landes deutlich gemacht, dass die Landwirtschaft keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, der wesentlich über die von ihr verbrauchten fossilen Rohstoffe für Bodenbearbeitung und Stickstoffdüngung hinaus geht. „Unsere Stoffkreisläufe werden durch Sonnenenergie angetrieben“, argumentiert Landesvorstand Ulf Simon in einer Stellungnahme für den zuständigen Abteilungsleiter Axel Steffen: „Den Ausgasungen von Kohlendioxid bzw. Methan bei den Stoffwechselfvorgängen der ernährten Menschen und Tiere steht die Kohlendioxidbindung in pflanzlicher Biomasse durch die Photosynthese gegenüber, so dass wir im Ergebnis klimaneutral sind.“ Sicher seien noch Effizienzsteigerungen in der Produktion möglich, aber den größten Effekt für den Klimaschutz hätte es, die regionale Erzeugung und Vermarktung zu stärken gegen Importe aus Übersee, so der 52jährige Landwirt aus Michaelisbruch im Ruppiner Land. Das im Klimaplan angesprochene Potenzial der Landwirtschaft als CO₂-Senke bezeichnete Simon als Illusion: „Der hemmungslose Verbrauch fossiler Rohstoffe durch die Gesellschaft kann nicht ansatzweise durch uns kompensiert werden“. Dafür sei die Kohlendioxidbindung beim Humusaufbau zu langsam und langfristig, außerdem sei die Bodenverbesserung durch Humus auch ohne jegliche staatliche Regulierung für alle Landwirte interessant und würde selbstverständlich praktiziert.

Ausführlich gehen die FREIEN BAUERN in der Stellungnahme auf das Thema Moorstandorte ein, wo die Landesregierung großflächige Vernässungen plant. Solche faktischen Flächenstilllegungen würden regionale Erzeugung gerade schwächen, also das Gegenteil von Klimaschutz bewirken, kritisiert Simon. Zudem befürchtet er massenhafte Ausgasungen in Trockenphasen, wenn der blanke Moorboden offen liegt. Wenn man die großen Niederungsgebiete Brandenburgs nicht samt Besiedlung komplett aufgeben wolle, sei der beste Moorschutz eine geschlossene Grasnarbe mit einem gleichmäßig hohen Wasserstand. Simon: „Um dies an allen Moorstandorten individuell zu gewährleisten, brauchen wir ein funktionierendes System der Stauhaltung und Entwässerung“. Das Niedrigwasserkonzept des Landes wird deshalb unterstützt. Alibiveranstaltungen wie Wasserbüffel oder Paludikultur können aus Sicht der FREIEN BAUERN keinesfalls eine intensive bäuerliche Grünlandbewirtschaftung ersetzen.

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, Bundesgeschäftsstelle, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: